Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 23 (1943-1944)
Heft: 8

Artikel: Planung und Beschäftigung
Autor: Spectator
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-334965

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Planung und Beschäftigung

Von Spectator

Wenn auch für gewisse wohlbekannte Kreise das Problem der *Vollbeschäftigung* durch Herrn Röpkes famose und kaltschnauzige «Bodensatz»-Weisheit theoretisch aufs beste gelöst erscheint, so erfaßt anderseits die Sorge, wie einer *Massenarbeitslosigkeit* nach dem Aufhören der Feindseligkeiten begegnet werden könnte, immer weitere Schichten des Schweizervolkes. Von der billigsten Art von «Heroismus», *anderen* die Schönheiten des «Gefährlichlebens» anzupreisen und den Drang nach Sicherheit als «unheldisch» und erbärmlich zu schmähen, während man selbst im Speck und in der Wolle sitzt — eben die «Methode» Röpke — von dieser Sorte «Heroismus» läßt sich das Volk zum Glück nicht mehr so leicht einfangen. Dagegen besteht über die *Wege*, die zur Vermeidung des zu befürchtenden Notstandes einzuschlagen sind, wenig Klarheit und viel Zweifel. Und das ist die Fuge, wo die auf Rettung ihrer Privilegien Bedachten den Hebel der Demagogie mit mehr oder weniger «hochgemutem Pessimismus» einzusetzen pflegen. Vor allem haben sie es darauf abgesehen, die sozial gerichtete Planwirtschaft zu diskreditieren. Nicht etwa, weil sie ihren Mißerfolg, vielmehr weil sie fürchten, *daß* sie *Erfolg* haben wird. Wie eng aber gerade Planwirtschaft und Beschäftigung zusammenhängen, das zeigt mit Klarheit der sehr bekannte englische Nationalökonom und Sozialist *G. D. H. Cole* in einem gegen Ende 1942 erschienenen Buch, betitelt: Great Britain in the post-war world (Großbritannien in der Nachkriegswelt). Ein nicht unbedeutender Teil der von ihm untersuchten Fragen ist von allgemeiner Bedeutung. Besonders trifft das zu für das Kapitel «Planung und Beschäftigung», aus dem wir im folgenden die wichtigsten Stellen in Übersetzung wiedergeben.

«Unter einer ‚geplanten Wirtschaft' verstehe ich ein Wirtschaftssystem, in dem die Entscheidungen in großen Linien über das, was produziert werden soll, sei's für den heimischen Konsum, sei's für den Export, über das, was von draußen importiert werden soll und über Ausdehnung wie Charakter der Kapitalinvestierungen kollektiv zum Nutzen der gesamten Gemeinwirtschaft getroffen werden, statt daß man diese Dinge durch die privaten Entscheidungen einer Anzahl von Verbänden, Firmen und Individuen entsprechend ihren besonderen Hoffnungen auf privaten Profit regeln läßt. ‚Planung' ist natürlich nicht notwendigerweise eine Sache des Alles-oder-Nichts: eine Wirtschaft kann zum Teil geplant und zum Teil planlos sein, und Planung kann sich auf allgemeine Richtlinien beschränken oder bis ins einzelne für jede Art von Ausbeute durchgeführt sein. Darüber hinaus kann Planung zentralisiert oder auf lokaler oder regionaler Basis dezentralisiert oder auch eine Mischung von beidem sein; kurz, es gibt eine Menge alternativer Planungsarten, deren man sich bedienen kann ... Es ist klar, daß Planung an sich kein Heilmittel für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Großbritanniens ist. Planung ist nur ein Instrument, das man zu Gutem oder Bösem verwenden kann.

Planung wäre unheilvoll, wenn man sie entsprechend den Ideen des

Monopolkapitalismus anwenden wollte. Denn diese Art von Planung, wo immer man sie zur Anwendung brächte, könnte nur auf den Entschluß hinauslaufen, die Produktion auf die von Erwägungen des höchstmöglichen Profits gezogenen Grenzen zu beschränken und zu drosseln; das aber, weit entfernt davon, Wohlstand und Gedeihen für das Volk zu erzeugen, würde mit Sicherheit zu dauernder Massenarbeitslosigkeit und zur Armut des größten Teils der Bevölkerung führen. Das Planen, von dem wir in den vorhergehenden Kapiteln ausgingen, ruhte dagegen auf ganz andersartigen Grundlagen. Es handelte sich um ein Planen für Fülle, mit dem Mittel einer Politik der ‚Vollbeschäftigung'.

Das bringt uns zu einem zweiten Begriff, den zu definieren ich mich bemühen muß. ‚Vollbeschäftigung' bedeutet nicht, daß nicht ein einziger Mensch innerhalb der Gemeinschaft ohne Arbeit ist. Gewisse Arten von Arbeitslosigkeit wird es immer geben, mag eine Gesellschaft noch so gut dafür organisiert sein, sie zu verhindern. Es wird Zwischenpausen bei Stellenwechsel geben, die Nachfrage nach Arbeit verschiedener Art wird von Zeit zu Zeit Wandlungen unterliegen, was entweder für eine gewisse Periode Beschäftigungslosigkeit nach sich zieht oder die Notwendigkeit einer Umschulung, je nachdem man mit einer vorübergehenden oder dauernden Änderung zu rechnen hat. Es wird zeitweilig einen lokalen Überschuß an Arbeitskräften geben, der mit Mangel an anderen Orten zusammenfällt, so sehr man sich auch bemüht haben mag, solche ‚Reibungsformen' von Arbeitslosigkeit auf den praktisch niedrigsten Stand herabzudrücken.

‚Vollbeschäftigung' heißt demnach nicht, daß jeder Arbeitsfähige immer Arbeit haben wird. Es heißt vielmehr, daß das Wirtschaftssystem so organisiert sein wird, daß es in der Gesamtnachfrage nach Arbeit niemals nur deshalb einen Ausfall geben wird, weil der finanzielle Antrieb, sie einzusetzen, fehlt. Menschen werden niemals feiern müssen, obwohl sie zur Erzeugung von Dingen, die benötigt werden, gebraucht werden könnten, nur weil es profitabler erscheint, sie feiern zu lassen, als sie zur Erzeugung dieser Dinge zu verwenden.

Üblicherweise hat man das Wort ‚Vollbeschäftigung' in Verbindung mit Geldpolitik gebraucht. Diejenigen, die zu einer Politik der ‚Vollbeschäftigung' drängten, haben immer dann, wenn der Grad der Gesamtbeschäftigung Rückgangszeichen erkennen ließ, gefordert, daß Anstrengungen gemacht würden, ihn durch liberalere Kreditbewilligungen entweder auf dem Wege von Zinsherabsetzungen oder von weniger strengen Anforderungen an die ‚Kreditwürdigkeit' der Anleihebesucher wieder zu heben. Da, wo Krediterleichterung zur Hebung des Beschäftigungsvolumens versagt, haben sie darauf gedrängt, daß der Staat durch ‚öffentliche Arbeitsbeschaffung' direkt die Zahl der Beschäftigten vermehren und indirekt durch erhöhte Zirkulation von Kaufkraft, zu der diese Arbeiten Anlaß geben würden, für Beschäftigung von weiteren sorgen sollte. Die Politik der ‚Vollbeschäftigung' hat demnach zwei Aspekte gehabt: die Ausdehnung des Bankkredits und, wo nötig, die direkte Besorgung von Beschäftigung durch den Staat.

Diese beiden Methoden sind befürwortet worden als Wege, die Arbeits-

losigkeit unter dem kapitalistischem System zu reduzieren. Beider Ziel war, die Profitlichkeit der Produktion so zu heben, daß die Unternehmer dazu gebracht werden, mehr Arbeiter einzustellen und mehr Güter zu mit dem New Deal in den Vereinigten Staaten gezeigt hat, sogar trotz produzieren. Wenn auch diese doppelgesichtige Politik, wie die Erfahrung der weitverbreiteten Feindseligkeit des Großkapitals bis zu einem gewissen Grad wirkungsvoll gemacht werden konnte, so konnte anderseits diese Feindseligkeit sie doch ernsthaft behindern und sehr große Dosen von Kreditschöpfung und staatlicher Beschäftigung nötig machen, damit überhaupt greifbare Resultate erzielt wurden.

Wie wird diese Situation beeinflußt werden, wenn der Staat durch Übernahme einer Anzahl von Schlüsselindustrien und -diensten in eigene Hand in normalen Zeiten zum Unternehmer wird, der einen bedeutenden Teil der Arbeitskraft anstellt und zum beherrschenden (controlling) Besitzer eines großen Teils der nationalen Kapitalsquellen wird? Offensichtlich wird die Macht des Staates, die Beschäftigung auf ihrem Stand zu halten, bedeutend vergrößert werden, weil er es nicht nötig hat, Produktion und Beschäftigung herabzusetzen, falls solche Maßnahmen höheren Profit ermöglichen würden. Auch sollte man nicht übersehen, daß unter dem Privatkapitalismus die Ausbeutesenkung in einer Industrie schnell auf andere übergreift, weil sie Kaufkraft zerstört und so die Produktion in allen Industrien weniger profitabel macht. Umgekehrt wirkt die Aufrechterhaltung der Beschäftigung und Produktion in einem Industriezweig günstig auf andere zurück, so daß die Aufrechterhaltung der Tätigkeit im sozialisierten Sektior dazu beitragen wird, sie auch in dem Sektor hochzuhalten, der unter privater Kontrolle gelassen worden ist.

Wirtschafter, die eine Politik der ‚Vollbeschäftigung' unter dem Kapitalismus fordern, gehören zwei offensichtlich im Widerstreit befindlichen wissenschaftlichen Schulen an. Die eine dieser Schulen betont die Notwendigkeit, die Konsumkraft des Volkes aufrechtzuerhalten, um dem Teil der Industrieprodukte, der zu raschem Verbrauch bestimmt ist, einen breiten Markt zu sichern. Die andere Schule betont die Notwendigkeit, den Stand der Kapitalinvestierung hochzuhalten, und behauptet, daß, wenn die Kapitalgüter erzeugenden Industrien in lebhafter Beschäftigung erhalten werden, dies genüge, die Gesamtnachfrage auf einem hohen Stand zu halten; der Markt der Konsumenten könne dann sich selbst überlassen bleiben. Diese beiden Ansichten sind nicht entfernt so unvereinbar miteinander, wie es scheint. Es stimmt, daß unter dem Kapitalismus die Nachfrage nach Kapitalgütern sehr viel stärker zu fluktuieren (schwanken) pflegt als die Nachfrage nach Konsumgütern. Die Menschen müssen, wenn sie am Leben bleiben wollen, bis zu einem bestimmten Punkt konsumieren; aber sie können eine geraume Zeit hindurch fast ohne irgendwelche neuen Kapitalgüter weiter machen — wenn das auch natürlich ihre künftige Produktionskraft beeinträchtigen wird. Da die Produktion beider Arten von Gütern unter dem Kapitalismus durch Rücksicht auf die Profitlichkeit bestimmt wird und neue Kapitalgüter über die strikt erforderliche Erneuerung hinaus hauptsächlich zum Zwecke der Produk-

tions*steigerung* benötigt werden, so kann die Nachfrage nach Kapitalgütern sehr tief sinken, wenn die meisten Firmen eher an Kürzung als an Steigerung der Ausbeute denken. Daher besteht unter dem Kapitalismus der bequemste Weg, die Beschäftigung zu stimulieren in Erhöhung der Kapitalinvestition; und hauptsächlich auf diesen Zweck ist die Kreditverbilligung und die Herstellung von Kapitalgütern durch den Staat gerichtet. Denn der Kapitalist mag es für aussichtsreich halten, Kapital profitlich anzulegen, wenn er's billiger leihen kann; und der Staat kann, wenn er es für richtig hält, die Herstellung von Kapitalgütern, wie den Bau und Häusern, Straßen und Brücken, in praktisch unbegrenztem Ausmaß übernehmen.

Es ist immerhin nicht weniger möglich, eine Stimulierung der Beschäftigung durch direkte Vermehrung der Kaufkraft der Konsumenten zu bewirken. Denn wenn diese Kraft groß ist, macht es sich für Kapitalisten bezahlt, die Produktion zu erhöhen, besonders in den Industriezweigen, die nicht unter der Kontrolle von Erzeugung einschränkenden Monopolen stehen; und sogar Monopolisten werden die Ausbeute steigern, wenn auch gewöhnlich in geringerem Ausmaß, wenn sie eines profitlichen Marktes sicher sind. Die einzige Schwierigkeit, auf diesem Weg vorzugehen, besteht darin, daß wenn der Staat den Konsumenten das Geschenk von Kaufkraft macht, er nichts aufzuweisen hat, währenddem, wenn er Häuser herstellt oder andere greifbare Güter, er etwas hat, was er vorweisen kann, und er dann über eine Zeit von Jahren hin aus dem Zins oder anderen Belastungen für die Benutzung der von ihm geschaffenen Kapitalgüter seine Ausgabe wenigstens teilweise abgelten kann. Es ist darum für den Staat vorteilhafter, wenn er die Konsumkraft anzuregen wünscht, seinen Zweck so zu erreichen, daß er die Leute dafür bezahlt, daß sie etwas produzieren, als daß sie nichts tun. Beide Methoden haben die gleiche Wirkung in bezug auf die Niveauhebung der Konsumentennachfrage; aber die Methode der ‚öffentlichen Werke' verschafft der Gemeinschaft bessere Versorgung mit Kapitalgütern. Die Notwendigkeit, zur Methode zu greifen, Konsumkraft für nichts herzugeben, erhebt sich nur dann, wenn die Art der verfügbaren Arbeitskraft und Ausrüstung eine genügende Produktionserweiterung von Kapitalgütern. zwecks Schaffung einer Steigerung der Gesamtkaufkraft nicht zuläßt. Das kann sich nur als Resultat einer ‚Starrheit' in der Struktur des Wirtschaftssystems ergeben, die es schwer macht, die Hilfsmittel schnell von einem Produktionszweig auf einen anderen zu übertragen.

Unter dem kapitalistischen System jedoch ist der Staat ernsthaft gehemmt, eine Politik ‚öffentlicher Arbeiten' anzuwenden, weil die Kapitalisten sich heftig dagegen wehren, daß der Staat sich auf irgendeine Form von Produktion einläßt, die sie als Konkurrenz für ihre eigenen Unternehmungen oder als voraussichtlich schädlich für ihre Profitaussichten betrachten. Die Kapitalisten werden dem Staat, den sie kontrollieren, nicht erlauben, Betriebe oder irgendeine Form von produktiver Kapitalausrüstung herzustellen, der ihrem eigenen Geschäft in die Quere kommen könnte. Die Monopolkapitalisten sind meistens in einen endlosen

Kampf verwickelt, den Gesamtbetrag produktiver Werke in ihren verschiedenen Industrien niedrig zu halten und bei einem Preisfall (slump) viel eher darauf eingestellt, bestehende Betriebe zu vernichten, als neue zu bauen; und die konkurrenzierenden Kapitalisten würden einem Versuch von seiten des Staates, in die verschiedenen Gebiete ihrer Produktion einzudringen, nicht weniger feindlich gegenübertreten. Dementsprechend ist es unter dem Kapitalismus dem Staat nur erlaubt, sich auf «öffentliche Werke» einzulassen, die die Profitaussichten der Kapitalisten nicht stören, oder wenn sie es irgendwie doch tun, so einzig zum Schaden solcher Kapitalistengruppen, die nicht kräftig genug organisiert sind, ihrer Opposition Nachachtung zu verschaffen. Das bedeutet, daß es dem Staat erlaubt ist, Straßen, Brücken, Wasserwerke und andere nichtprofitbringende Kapitalgüter praktisch nach Belieben herzustellen oder vielmehr einzig unter dem Geschrei der Reaktionäre, die eine derartige Furcht vor hoher Besteuerung oder Inflation ahnen, daß sie die Alternative der Massenarbeitslosigkeit willkommen heißen. Häuser also darf der Staat im allgemeinen bauen, vorausgesetzt, daß er mit ihrer profitlichen Errichtung private Baufirmen beauftragt und seine Hände vom Bau von Häusern höheren Typs läßt, an denen ein Profit ohne Staatshilfe zu machen die Bauindustrie sich imstande fühlt. Wenn der Staat einen Versuch macht, über diese begrenzten Formen von öffentlichen Werken hinauszugehen, so gibt's ein lautes Gebrüll von seiten des Kapitals. So erhob der Kapitalismus ein lautes Gebrüll in den Vereinigten Staaten gegen die Behörde von Tennessee Valley (riesiges Stauwerk im Tennesssetal) und tat, was er nur konnte, damit dieses bedeutende Projekt einer Kapitalgutkonstruktion von den amerikanischen Gerichtshöfen verboten würde.

Ein Staat, der bereits im Besitz der großen, Kapitalgüter produzierenden Industrien ist und eine effektive Kontrolle darüber hat, wird augenscheinlich in einer unendlich viel stärkeren Position sein, um eine wirkungsvolle Politik öffentlicher Arbeiten durchzuführen. Er wird, wie die Russen, in der Lage sein, soviel Hilfsmittel zur Entwicklung des Aufbaues seiner Industriegrundlagen zu verwenden, wie er will; und da er bei dem, was er auf diesem Gebiet unternimmt, nicht ausschließlich durch Profiterwägungen beherrscht wird, ist er in der Lage, die Tätigkeit in den Kapitalgüterindustrien dauernd auf einem Niveau zu halten, das er für das Richtige hält. Darüber hinaus wird er dank seiner Kontrolle über den Anlagemarkt imstande sein, solche Investierungen vorzunehmen oder zu fördern, die er für die Konsumgüterindustrien für geeignet hält, oder auch sich selbst in diese Industrie, Seite an Seite mit den Privatunternehmern, einzuschalten. Die wesentliche Macht wird in den Händen des Staates sein und nicht in denen von Obstruktion treibenden Kapitalisten; und es wird im Verfolg einer Politik der ‚Vollbeschäftigung' keine Schwierigkeiten geben; ein solcher Staat wird, wenn er die Kaufkraft anregen will, nicht wie die kapitalistischen Staaten gezwungen sein, verhältnismäßig unnötige Dinge herzustellen, weil die Kapitalisten sich der Produktion von Dingen widersetzen, die notwendiger sind.»

Auf den folgenden Seiten führt Cole dann aus, daß trotzdem auch weiterhin die Bau- und zivile Maschinenindustrie vermutlich eine Schlüssel-

stellung in bezug auf Wirtschaftsplanung und «Vollbeschäftigung» einnehmen werden. Er geht weiter des nähern auf Großbritanniens größte und unmittelbare Nachkriegsaufgabe, den Wiederaufbau des Landes, ein und kommt von da auf die Unzulänglichkeit einer Städte- und Landesplanung zu sprechen, die nur «negativ» ist, weil sie lediglich bestimmte, gröbste Auswüchse der privaten Willkür verhindern, nicht aber bestimmte positive Vorschriften über den Standort eines Baus, einer Fabrik zum Beispiel erlassen kann. Ganz das gleiche gilt im Prinzip für die Landesplanung in der Schweiz. So wertvoll bereits vorliegende Arbeiten auf diesem Gebiet sein mögen, so löblich manche Absichten, eine wirklich gediegene, umfassende Landesplanung in Konstruktion und Rekonstruktion muß hier wie dort an den derzeit geltenden Besitz- und Rechtsverhältnissen scheitern. Daher fordert auch Cole eine viel ausgedehntere Gemeinschaftskontrolle und Verfügungsgewalt über die vorhandenen Wirtschaftskräfte und verweist punkto Städtebau auf die Sowjetunion, deren gewaltige Taten auf diesem Gebiet während der letzten zwanzig Jahre bedeutsam mit dem «grotesken Durcheinander» in Großbritannien (und anderswo) kontrastiere. Der Schluß des Kapitels behandelt

die internationale Seite des Problems

der Planung und ‚Vollbeschäftigung'. Es heißt da:

«Das stetige Trachten nach ‚Vollbeschäftigung' liefert den Schlüssel zu erfolgreicher Planung, und zwar nicht für ein statisches industrielles System, sondern für eine dauernde Fortentwicklung im Einklang mit den wechselnden menschlichen Bedürfnissen; und methodische Planung ist nicht weniger wesentlich für die erfolgreiche Durchführung der ‚Vollbeschäftigung'.

Es ist natürlich wahr, daß kein Land sich den Wirkungen des Auf und Ab in der übrigen Welt entziehen kann. Wenn ein Land eine Politik der ‚Vollbeschäftigung' zu verfolgen sucht, während andere Länder, mit denen es bedeutende Handelsverbindungen hat, sich gestatten, allen Fluktuationen (Schwankungen), die in der Vergangenheit den Kapitalismus umgeben haben, unterworfen zu bleiben, so werden deren Nöte notwendigerweise auf sein Wohlbefinden zurückwirken. Wenn ein Land einen großen, spezialisierten Exporthandel betreibt, so wird ein Verfall der Märkte für seinen Export zwangsläufig Arbeitslosigkeit verursachen, so gute Pläne es auch aufgestellt haben mag. Aber das Land, das unter einem kontrollierten Wirtschaftsplan arbeitet, wird in einer weit besseren Lage sein als ein kapitalistisches Land, weil es diese Arbeitslosigkeit dadurch abmildern kann, daß es den Überschuß an wirtschaftlichen Hilfsmitteln auf andere Arten von Produktion zu übertragen vermag, deren Erzeugnisse es dann im eigenen Land konsumieren oder mit anderen Ländern, deren Politik der seinen gleich ist, austauschen kann; oder auch dadurch, daß es zeitweilig den eigenen Verbrauch von solchen Gütern steigert, die nicht mehr vorteilhaft ausgetauscht werden können. Das wird ohne einen gewissen wirtschaftlichen Verlust nicht möglich sein; aber der Verlust

wird sehr viel geringer sein, als wenn die abgesetzten Produzenten[1] einfach ohne Beschäftigung gelassen würden.

Man sollte jedoch nicht in den Fehler verfallen, die Bedeutung auch dieses abgemilderten Verlustes zu unterschätzen, besonders für ein Land, das wie Großbritannien (und die Schweiz! Red.) so abhängig von Importen ist, die durch heimische Produkte nicht ersetzt werden können. Eine geplante Wirtschaft — geplant für Erweiterung und Fülle — kann nur als Glied einer Gesellschaft von geplanten Wirtschaften und mit diesen zusammen als Teilnehmer an einem gemeinsamen internationalen Plan mit vollem Erfolg arbeiten. Sozialismus in einem Land ist nicht undurchführbar, wie die Russen schlüssig gezeigt haben; aber Sozialismus selbst in einem Land, das der Selbstgenügsamkeit so nahe kommt wie die Sowjetunion, kann nicht die Vorteile bieten, die mit denen zu vergleichen wären, die durch internationale sozialistische Zusammenarbeit zu erzielen sind. In einem Land wie Großbritannien sind die Grenzen für einen rein nationalen Sozialismus sehr eng. Unter dem Sozialismus wird Großbritannien ebensosehr wie unter dem Kapitalismus die Welt als Markt und gleichermaßen als Quelle für unentbehrliche Zufuhren nötig haben.»

Die Kirche in Rußland

Von Charles Buckner

Vielerlei Betrachtungen knüpften sich an die anfangs September eintreffenden Nachrichten, daß Stalin das führende Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche empfangen und die Führer der Kirche ermächtigt hatte, eine Bischofsversammlung mit dem Ziel einzuberufen, einen Patriarchen für Moskau und ganz Rußland zu wählen sowie einen Heiligen Synod (Rat der Erzbischöfe) unter dem Patriarchen zu gründen. Später wurde ein Laienkonzilium geschaffen, das als Verbindung zwischen Regierung und Kirche dienen sollte.

Vielen scheinen diese Entwicklungen das Unmögliche zustande zu bringen: eine Versöhnung des Unversöhnbaren. Wie kann es etwas an-

---

[1] Wir übernehmen mit Absicht das englische Wort — producers —, statt es mit dem hier passenden Wort «Arbeiter» zu übertragen. Denn tatsächlich sind ja die Arbeiter die wirklichen und eigentlichen Produzenten, wie sie auch, was schon Karl Marx deutlich vermerkt hat, in Wahrheit die Arbeit*geber* sind, während der Unternehmer in der Tat der *Nehmer* von Arbeit, also der Arbeit*nehmer*, ist und nicht umgekehrt. Es wäre sehr gut und wichtig, wenn wenigstens in den Publikationsorganen der Arbeiterschaft der wahre Sachverhalt *auch sprachlich durch die Umkehrung der üblichen Bezeichnungen zum Ausdruck käme*, systematisch und methodisch, bis sich die richtige Verwendung allgemein durchgesetzt hätte. Denn es kommt nicht von ungefähr, daß die wahren Verhältnisse auf den Kopf gestellt worden sind. Dahinter verbirgt sich ein politisches Manöver von nicht unerheblicher Tragweite, sind doch Sprache, Gedanke und Tat sehr eng und kausal miteinander verbunden. So wäre auch die Wieder-Umkehr der Umkehr eine politische Tat.